

Pressemitteilung

Ansprechpartner **Datum**

Dr. Thomas Jakobs 15.09.2022
0681/92611-11
jakobs@skgev.de

Saarländische Krankenhausgesellschaft zur wirtschaftlichen Lage der Krankenhäuser

Alarmstufe Rot: Krankenhäuser in Gefahr – sofortiger Inflationsausgleich notwendig

Saarbrücken, 15. September 2022 – Angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Lage fordern die Krankenhäuser im Saarland Bundes- und Landesregierung dazu auf, umgehend zu handeln und einen Inflationsausgleich einzuführen. Bundesweit schreiben in diesem Jahr 60 Prozent der Krankenhäuser rote Zahlen, ein Fünftel rechnet sogar damit, keine Kredite mehr zu erhalten. Im kommenden Jahr droht die Lage noch weiter zu eskalieren mit dann bis zu 80 Prozent der Kliniken in der Verlustzone. Das hat jüngst eine RWI-Studie zur wirtschaftlichen Lage der Krankenhäuser ergeben. Die Lage ist überall extrem angespannt.

Nach den Belastungen der Pandemie trifft die Krankenhäuser nun die Inflation und insbesondere die extrem gestiegenen Energiepreise in voller Härte. Diese gestiegenen Kosten können die Kliniken nicht weitergeben.

Der Hintergrund: Die Vergütungen der Krankenkassen, die den Betrieb der Krankenhäuser finanzieren, sind vom Gesetzgeber so streng reglementiert und limitiert, dass sie für die Krankenhäuser keine Möglichkeit bieten, die tatsächlichen Preissteigerungen voll zu refinanzieren. In der Konsequenz bleibt den Kliniken nur die Möglichkeit, sich auftürmende Verluste durch Personalabbau zu begrenzen – mit negativen Folgen für die Patientenversorgung. „Die Lücken in der Versorgung werden – sofern nicht umgehend politisch gehandelt wird - im Herbst und im kommenden Jahr für die Menschen auch hier bei uns im Saarland spürbar werden“, so Dr. Christian Braun, Geschäftsführer des Klinikums Saarbrücken und Vorsitzender der Saarländischen Krankenhausgesellschaft (SKG).

„Wir benötigen so schnell wie möglich einen Inflationsausgleich und das Wiederanlaufen der Corona-Hilfen. Die Krankenhäuser dürfen mit den massiv gestiegenen Kosten nicht allein gelassen werden. Die Häuser sind gezwungen, mehr auszugeben als sie einnehmen. Das Letzte, was wir jetzt vor Corona-Herbst und -Winter benötigen, sind weitere wirtschaftlich bedingte Abteilungs- und Krankenhausschließungen. Wenn Karl Lauterbach als verantwortlicher Bundesminister nicht handelt, übernimmt er durch seine Untätigkeit die Verantwortung für Krankenhausschließungen, Wartelisten und überfüllte Notaufnahmen auch in unserem Bundesland“, sagt Dr. Thomas Jakobs, Geschäftsführer der SKG. „Wir erwarten, dass auch Herr Minister Dr. Jung im Interesse der Patientinnen und Patienten hier bei uns im Saarland gegenüber dem Bundesminister diese Verantwortung zum Handeln deutlich macht“, so Jakobs.

Auch mit Blick auf die aktuelle und für Herbst prognostizierte Corona-Lage sind die Aussichten düster. „Ende Juni sind alle Corona-Hilfen des Bundes für die Krankenhäuser ausgelaufen. Es gibt derzeit keinen einzigen Euro um den Mehraufwand für Hygiene, Isolierung und Behandlung zu refinanzieren“ kritisiert Manfred Klein, Geschäftsführer des St. Nikolaus Hospitals Wallerfangen und stellvertretender SKG-Vorsitzender. Mehr als zwei Jahre Pandemie haben die Krankenhäuser bereits wirtschaftlich und personell extrem herausgefordert. Im Herbst und Winter steht eine noch nicht absehbare weitere Infektionswelle bevor, die die Krankenhäuser wieder verstärkt fordern wird. Zu all diesen Herausforderungen kommt nun noch die Inflation hinzu, verschärft durch noch einmal besonders stark gestiegene Energiepreise, die die sehr energieintensiven Krankenhäuser besonders treffen.

Die SKG fordert einen Inflationsausgleich, um die stark gestiegenen Ausgaben der Krankenhäuser ausgleichen zu können. „Ein Krankenhaus mittlerer Größe wird nach aktuellen Berechnungen 2023 über 6 Millionen Euro mehr für Gas und Strom bezahlen, als im Jahr 2021. Mehrausgaben in Millionenhöhe, die nicht gedeckt sind. Allein das macht auf alle deutschen Kliniken hochgerechnet einen Fehlbetrag von rund 4 Milliarden Euro“, so Bernd Mege, Geschäftsführer der Saarland Heilstätten GmbH und Vorstandsmitglied der SKG.

„Wir fordern einen Inflationsausgleich in Form eines Rechnungsaufschlags auf die Krankenhausrechnungen. Dies wäre eine schnelle und unbürokratische Hilfe“, so SKG-Geschäftsführer Jakobs. „Zudem muss das Saarland langfristig seiner gesetzlichen Verpflichtung nach ausreichender Finanzierung der Klinik-Investitionen nachkommen. Die Krankenhäuser im Saarland schieben einen Investitionsstau in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro vor sich her und erhalten bei einem jährlichen Investitionsbedarf von über 80 Millionen Euro lediglich 32,5 Millionen Euro jährlich an Investitionsfördermitteln. Das von der Landesregierung im Jahr 2020 beschlossene Sondervermögen „Krankenhausfonds“ in Höhe von 125 Millionen Euro ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Jakobs weiter.

Die Saarländische Krankenhausgesellschaft e.V. (SKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger im Saarland. Sie vertritt seit 1950 die Interessen von gegenwärtig 20 Krankenhäusern des Saarlandes in der Landes- wie Bundespolitik und nimmt ihr per Gesetz übertragene Aufgaben wahr. Die saarländischen Krankenhäuser versorgen jährlich stationär etwa 245.000 Patienten. Mit zusammengekommen rund 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind sie einer der größten Arbeitgeber des Saarlandes.

Für Rückfragen stehen Ihnen zur Verfügung:

- SKG-Vorsitzender, Dr. Christian Braun, Tel.: 0681 / 963 - 2100
- stv. SKG-Vorsitzender, Manfred Klein, Tel.: 06831 / 962 - 461
- SKG-Vorstandsmitglied, Bernd Mege, Tel.: 0681 / 889 - 2299
- SKG-Geschäftsführer, Dr. Thomas Jakobs, Tel.: 0681 / 92611 - 11